

*Wenn Paul Craig Roberts die schrittweise Abschaffung der Pressefreiheit in den USA beklagt, weist er damit auf ein Problem hin, das auch in Europa zu beobachten ist.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 005/11 – 09.01.11**

## **Die Vereinigten Staaten Kennedys gibt es nicht mehr**

Von Paul Craig Roberts

INFORMATION CLEARING HOUSE, 29.12.10

( <http://www.informationclearinghouse.info/article27158.htm> )

Alle, die bisher nicht glauben wollten, dass die USA auf dem Weg in den Faschismus sind, müssten nach dem jüngsten Angriff des (ultrarechten) TV-Senders FOX NEWS auf die Bürgerrechte jetzt eigentlich auch erkennen, dass diese Behauptung zutrifft. Anstatt die Bürger zu informieren, gibt FOX NEWS – wen wundert's – Informationen über Bürger (an die Behörden) weiter. Wie Jason Ditz am 28. Dezember auf der Website antiwar.com berichtete, ist "FOX NEWS jetzt nicht mehr damit zufrieden, den heraufziehenden Polizeistaat zu preisen", sondern hat beim Ministerium für Heimatschutz gerade eine Großmutter wegen angeblich "anti-amerikanischer Äußerungen" denunziert (s. <http://news.antiwar.com/2010/12/28/citing-facebook-posts-fox-news-turns-in-indiana-grandmother-for-terror-link/> ).

Die Medien teilen zunehmend die Auffassung der Polizei, die schon das Bestehen auf den Bürgerrechten und die Berufung auf die Verfassung als Zeichen für eine extremistische Einstellung wertet – besonders wenn jemand sein durch die Verfassung garantiertes Recht auf eine abweichende Meinung und den Schutz seiner Privatsphäre einfordert oder mit einem Autoaufkleber dafür wirbt. Es gilt nur noch die Einstellung des US-Präsidenten George W. Bush: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!"

Bushs Äußerung ist ein Beleg für die erschreckende Veränderung, die seit der Präsidentschaft John F. Kennedys in Bezug auf die Respektierung abweichender Meinungen bei den US-Regierungen eingetreten ist. In einer Rede vor der Newspaper Publishers Association (der Vereinigung der Zeitungsverleger) hat Präsident Kennedy 1961 gesagt (s. <http://www.jfklibrary.org/Historical+Resources/Archives/Reference+Desk/Speeches/JFK/03POF03NewspaperPublishers04271961.htm> ):

"Kein Präsident sollte die genaue Prüfung seines Programms durch die Öffentlichkeit fürchten, weil es nur nach einer genauen Prüfung tatsächlich zu verstehen ist. Nur wer das Programm genau kennt, kann sich zwischen Zustimmung und Ablehnung entscheiden. Ohne öffentliche Diskussion und ohne Kritik können keine Regierung und kein Staat auf Dauer erfolgreich sein, und keine Republik kann überleben. Deshalb haben die Volksvertreter Athens einst festgelegt, dass ein Bürger ein Verbrechen begeht, wenn er seine Kritik verschweigt. Und deshalb wurde unsere Presse im ersten Zusatzartikel zu unserer Verfassung besonders geschützt." (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/1.\\_Zusatzartikel\\_zur\\_Verfassung\\_der\\_Vereinigten\\_Staaten](http://de.wikipedia.org/wiki/1._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten) )

Kennedy wies die Zeitungsverleger darauf hin, dass die Presse nicht deshalb geschützt wurde, damit sie die Leser amüsieren, unterhalten, oder mit den Trivialitäten versorgen könne, nach denen die Öffentlichkeit lechze. Die Presse werde geschützt, damit sie Fakten eruieren und darüber berichten könne, um die Bevölkerung zu informieren, aufzuwecken "und manchmal auch wütend zu machen".

In seiner Erklärung, die vermutlich kein anderer US-Präsident jemals wiederholen wird, forderte Kennedy die Zeitungsverleger auf: "Ich erwarte nicht, dass Sie mit Ihren Zeitungen die Regierung unterstützen, aber ich erwarte Ihre Hilfe bei der Erfüllung der gewaltigen Aufgabe, die US-Bürger umfassend zu informieren und aufzuklären, weil ich darauf vertraue, dass nur von voll informierten Bürgern eine umfassende Unterstützung zu erwarten ist."

Die USA unter Kennedy und die USA heute sind zwei grundverschiedene Welten. In den heutigen USA wird von den Medien erwartet, dass sie für die Regierung lügen, um zu verhindern, dass die Menschen herausfinden, wozu die Regierung fähig ist. Wenn man Umfragen glauben will, möchte eine Mehrheit der von TV- und Radio-Moderatoren wie O'Reilly (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Bill\\_O%E2%80%99Reilly](http://de.wikipedia.org/wiki/Bill_O%E2%80%99Reilly) ), Hannity (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Sean\\_Hannity](http://de.wikipedia.org/wiki/Sean_Hannity) ), Beck (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Glenn\\_Beck](http://de.wikipedia.org/wiki/Glenn_Beck) ) und Limbaugh (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Rush\\_Limbaugh](http://de.wikipedia.org/wiki/Rush_Limbaugh) ) einer ständigen Gehirnwäsche unterzogenen und indoktrinierten US-Amerikaner (den WikiLeaks-Informanten) Bradley Manning und (den WikiLeaks-Gründer) Julian Assange am liebsten in Stücke reißen, weil sie die US-Bevölkerung über Verbrechen ihrer Regierung informiert haben. Politiker und Journalisten rufen gemeinsam dazu auf, die beiden zu exekutieren.

Vor der Newspaper Publishers Association betonte Präsident Kennedy, es gehöre zu den Aufgaben der Printmedien, über menschliche Taten zu berichten, an das menschliche Gewissen zu appellieren und Nachrichten zu verbreiten, um damit die Regierung in ihrem Anliegen zu unterstützen, die Menschen frei und unabhängig zu machen, was ihnen von Geburt an zustehe. Kann sich jemand vorstellen, dass Bill Clinton, George W. Bush oder Barack Obama so etwas sagen würden?

Heute sind die Medien nur noch Propaganda-Organ der Regierung. Jede/r Mitarbeiter/in, die/der auch nur einen Millimeter von ihrem/seinem Auftrag, zu lügen und Nachrichten zu manipulieren, abweicht, wird von der Medienmafia kaltgestellt. Deshalb erzählen sie (die Lohnschreiber und Hofberichterstatter der Regierung und der Medienmogule) den zunehmend arbeitslosen, zerbrochenen und obdachlosen Menschen ständig, sie seien von unzähligen Feinden bedroht, die sie umbringen wollten. Damit das nicht passiere, müssten jährlich eine Billion Dollars ausgegeben werden, die der militärisch-sicherheitstechnische Komplex kassiert, wären die seit Jahrzehnten andauernden Kriege notwendig, müssten Listen von Personen mit Flugverbot geführt werden, wäre das unbegrenzte Ausspionieren und das Anfertigen von Dossiers über US-Bürger – auch durch das Aushorchen von Nachbarn über Nachbarn – unverzichtbar, müsste es Nackt-Scanner auf den Flughäfen und Überwachungskameras in den Einkaufszentren, in der U-Bahn und auf den Bahnhöfen und die häufigen Verkehrskontrollen geben; und wer die Wahrheit ausspricht, wird des Verrats bezichtigt.

Als Präsident Obama vor zwei Jahren sein Amt antrat, gab er zu, dass niemand – auch er nicht – wisse, was der Militäreinsatz in Afghanistan eigentlich solle, er werde sich aber einen Auftrag ausdenken und ihn auch begründen. Bei seinem letzten Besuch in Afghanistan hat er dann den Auftrag begründet: Die US-Truppen seien in Afghanistan, damit ihre Familien in den USA sicher leben könnten. Damit schloss er sich seinem Vorgänger Bush an, der gesagt hatte: "Wir müssen sie dort drüben umbringen, bevor sie uns hier umbringen."

Niemand hat Obamas Begründung belächelt oder in Frage gestellt. Weder die NEW YORK TIMES noch FOX NEWS wagten es, darauf hinzuweisen, dass die Ermordung und Vertreibung einer großen Anzahl von Muslimen im Irak, in Afghanistan, in Pakistan, und im Jemen und die Unterstützung der USA für Israels ähnliches Vorgehen gegen Libanesen

und Palästinenser erst den Boden für die Entstehung des Terrorismus bereitet haben könnte. Wenn es heute noch so etwas gäbe wie die Newspaper Publishers Association, wären ihre Mitglieder sicher nicht zu derart unpatriotischen Gedanken fähig. (Diese Organisation heißt jetzt Newspaper Association of America, s. <http://www.naa.org/> )

Heute glaubt niemand mehr daran, dass der Erfolg unseres Staates von einer informierten Bevölkerung und einer freien Presse abhängt. Der Erfolg der USA wird nur noch an der finanziellen und militärischen Vorherrschaft über die Welt gemessen. Jede Nachricht, die dem Glauben, Gott habe den USA "das unveräußerliche Recht zur Herrschaft über die Welt" gegeben, widerspricht, muss unterdrückt werden, und der Überbringer der Nachricht muss diskreditiert und ausgeschaltet werden.

Nachdem die Presse auf die Rechte, die ihr im ersten Zusatzartikel der Verfassung eingeräumt wurden, freiwillig verzichtet hat, arbeitet die Regierung jetzt daran, die "Redefreiheit" nur noch den ihr hörigen Medien und nicht mehr jedem einzelnen Bürgern zuzugestehen. Das erklärt auch, warum WikiLeaks nicht als Medium anerkannt wird, und warum FOX NEWS eine Bürgerin anschwärzt, die eigentlich nur von ihrer Redefreiheit Gebrauch gemacht hat. Washingtons Angriff auf Assange und WikiLeaks ist ein Angriff auf das, was von der US-Verfassung noch übrig ist. Wer für ein Verbot von WikiLeaks eintritt, fordert damit gleichzeitig die Abschaffung seiner eigenen Redefreiheit.

*(Wir haben den Artikel, der Zustände beschreibt, die auch in Ungarn, in der Bundesrepublik und in anderen NATO-Ländern zu beobachten sind, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Informationen über Paul Craig Roberts sind aufzurufen unter [http://en.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Craig\\_Roberts](http://en.wikipedia.org/wiki/Paul_Craig_Roberts). Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*



## America Has Gone Away

By Paul Craig Roberts

**December 29, 2010 "Information Clearing House"** -- Anyone who doesn't believe that the US is an incipient fascist state needs only to consult the latest assault on civil liberty by Fox News (sic). Instead of informing citizens, Fox News (sic) informs on citizens. Jason Ditz reports (antiwar.com Dec. 28) that Fox News (sic) "no longer content to simply shill for a growing police state," turned in a grandmother to the Department of Homeland Security for making "anti-American comments."

The media have segued into the police attitude, which regards insistence on civil liberties and references to the Constitution as signs of extremism, especially when the Constitution is invoked in defense of dissent or privacy or placarded on a bumper sticker. President George W. Bush set the scene when he declared: "you are with us or against us."

Bush's words demonstrate a frightening decline in our government's respect for dissent since the presidency of John F. Kennedy. In a speech to the Newspaper Publishers Association in 1961, President Kennedy said:

“No president should fear public scrutiny of his program, for from that scrutiny comes understanding, and from that understanding comes support or opposition; and both are necessary. . . . Without debate, without criticism, no administration and no country can succeed, and no republic can survive. That is why the Athenian law makers once decreed it a crime for any citizen to shrink from controversy. And that is why our press was protected by the First Amendment.”

The press is not protected, Kennedy told the newspaper publishers, in order that it can amuse and entertain, emphasize the trivial, or simply tell the public what it wants to hear. The press is protected so that it can find and report facts and, thus, inform, arouse “and sometimes even anger public opinion.”

In a statement unlikely to be repeated by an American president, Kennedy told the newspaper publishers: “I’m not asking your newspapers to support an administration, but I am asking your help in the tremendous task of informing and alerting the American people, for I have complete confidence in the response and dedication of our citizens whenever they are fully informed.”

The America of Kennedy’s day and the America of today are two different worlds. In America today the media are expected to lie for the government in order to prevent the people from finding out what the government is up to. If polls can be believed, Americans brain-washed and programmed by O’Reilly, Hannity, Beck, and Limbaugh want Bradley Manning and Julian Assange torn limb from limb for informing Americans of the criminal acts of their government. Politicians and journalists are screeching for their execution.

President Kennedy told the Newspaper Publishers Association that “it is to the printing press, the recorder of man’s deeds, the keeper of his conscience, the courier of his news, that we look for strength and assistance, confident that with your help man will be what he was born to be: Free and Independent.” Who can imagine a Bill Clinton, a George W. Bush, or a Barack Obama saying such a thing today?

Today the press is a propaganda ministry for the government. Any member who departs from his duty to lie and spin the news is expelled from the fraternity. A public increasingly unemployed, broke and homeless is told that they have vast enemies plotting to destroy them in the absence of annual trillion dollar expenditures for the military/security complex, wars lasting decades, no-fly lists, unlimited spying and collecting of dossiers on citizens supplemented by neighbors reporting on neighbors, full body scanners at airports, shopping centers, metro and train stations, traffic checks, and the equivalence of treason with the uttering of a truth.

Two years ago when he came into office President Obama admitted that no one knew what the military mission was in Afghanistan, including the president himself, but that he would find a mission and define it. On his recent trip to Afghanistan, Obama came up with the mission: to make the families of the troops safe in America, his version of Bush’s “we have to kill them over there before they kill us over here.”

No one snorted with derision or even mildly giggled. Neither the New York Times nor Fox News (sic) dared to wonder if perhaps, maybe, murdering and displacing large numbers of Muslims in Iraq, Afghanistan, Pakistan, and Yemen and US support for Israel’s similar treatment of Lebanese and Palestinians might be creating a hostile environment that could breed terrorists. If there still is such a thing as the Newspaper Publishers Association, its members are incapable of such an unpatriotic thought.

Today no one believes that our country's success depends on an informed public and a free press. America's success depends on its financial and military hegemony over the world. Any information inconsistent with the indispensable people's god-given right to dominate the world must be suppressed and the messenger discredited and destroyed.

Now that the press has voluntarily shed its First Amendment rights, the government is working to redefine free speech as a privilege limited to the media, not a right of citizens. Thus, the insistence that WikiLeaks is not a media organization and Fox News (sic) turning in a citizen for exercising free speech. Washington's assault on Assange and WikiLeaks is an assault on what remains of the US Constitution. When we cheer for WikiLeaks' demise, we are cheering for our own.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**